
Aktiv für Barsinghausen

Fraktion im Rat der Stadt Barsinghausen

Sehr geehrte Frau Doris Schröder-Köpf,

wir begrüßen als Ratsfraktion Aktiv für Barsinghausen das in der Koalitionsvereinbarung der SPD und der Bündnis 90/ Die Grünen formulierte Ziel einer dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen in Niedersachsen als richtigen Weg, Flüchtlingen ein angemessenes Dasein in Deutschland zu ermöglichen und eine spätere Integration in unsere Gesellschaft voranzutreiben.

Allerdings sehen wir die Umsetzung dieser grundsätzlichen Entscheidung durch unzureichende Bereitstellung finanzieller Mittel gefährdet und wenden uns deshalb mit diesem Brief an Sie, den wir auch der örtlichen Presse zukommen lassen.

Laut der Koalitionsvereinbarung soll auch in den Kommunen schnellstmöglich eine Wohnungsunterbringung organisiert werden. Sozialstandards müssen sichergestellt sein. Dieser neuen Aufgabe können wir als Kommune jedoch ohne zusätzliche Finanzausstattung nicht gerecht werden.

Dazu gehört unter anderem die Finanzierung einer angemessenen sozialen Betreuung und Beratung durch eine Sozialarbeiterin oder einen Sozialarbeiter vor Ort, die uns zurzeit von Seiten der Region selbst bei der Unterbringung in einem zentralen Flüchtlingswohnheim nicht erstattet wird.

Menschen, die zum überwiegenden Teil ohne deutsche Sprachkenntnisse aus einem anderem Kulturkreis zu uns kommen, können nicht einfach in einer eigenen Wohnung sich selbst überlassen werden, ohne Gefahr zu laufen, das der angestrebte eigene Wohnbereich nicht zu einer Entwicklungsmöglichkeit, sondern zu einem Gefängnis mit unsichtbaren (Sprach)Barrieren wird. Hinzu kommt, dass Asylsuchende aufgrund traumatisierender Ereignisse ihre Heimat verlassen mussten und gerade deshalb hier vor Ort eine verlässliche Betreuung benötigen, die durch ehrenamtliches Engagement alleine nicht zu leisten ist. Eine angemessene soziale Betreuung ist sowohl für eine Eingewöhnungsphase in einer zentralen Einrichtung als auch für eine spätere dezentrale Unterbringung in unseren Augen zwingend notwendig.

Wie sie vielleicht wissen, hat die Stadt Barsinghausen mit dem Land Niedersachsen einen Entschuldungsvertrag abgeschlossen, der uns in unseren politischen Gestaltungsmöglichkeiten – und dieses gilt im besonderen Maße für den sozialen Bereich - stark einschränkt. Die Finanzierung einer sozialen Betreuung ist uns auf Dauer nicht möglich. Deshalb benötigen wir als Kommune dringend die Zusage von Seiten des Landes und der Region, die oben beschriebenen Kosten für eine dezentrale Unterbringung vollständig in Zukunft zu übernehmen, sodass wir eine Basis haben, um verlässlich planen und Unterbringungsmöglichkeiten entwickeln zu können.

Darüber hinaus haben wir in Barsinghausen das große Problem, nicht annähernd genug preiswerten Wohnraum auf dem privaten Wohnungsmarkt zu haben, um Asylsuchenden eine geeignete Wohnung vermitteln zu können. Der soziale geförderte Wohnungsmarkt kann

Aktiv für Barsinghausen

Fraktion im Rat der Stadt Barsinghausen

aufgrund der bestehenden Regelung zum Erhalt eines Wohnberechtigungsscheins für die Suche nicht einbezogen werden.

Nur unter den oben genannten Voraussetzung ist die angestrebte schnellstmögliche dezentrale Unterbringung in den Kommunen möglich. Deshalb bitten wir Sie als Integrationsbeauftragte des Landes Niedersachsen sich dafür einzusetzen, dass die Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen und die Erteilung eines Berechtigungsscheines auf Asylsuchende ausgeweitet wird, *unabhängig davon, wie lange sie in Deutschland sind oder bleiben werden.*

Mit der Hoffnung auf Ihre Unterstützung

Bettina Klein.....Kerstin Beckmann